

Kommunal.

Am 26. Mai 2019 sind nicht nur Europa-, sondern auch Kommunalwahlen in Brandenburg.

Seiten 2 - 7

Interview.

Spitzenkandidat der LINKEN zum Europaparlament Martin Schirdewan im Interview.

Seite 8

Kapitalistisch.

Bundestagsabgeordneter Norbert Müller findet, dass bei Fridays4Future das Problem eigentlich Kapitalismus heißt.

Seite 10

Service.

Wenn der Weg ins Wahllokal unattraktiv ist, erklären wir Ihnen, wie Sie ganz bequem per Briefwahl abstimmen.

Seite 12

Mit und durch uns

Bürgerrechte und Demokratie müssen stets erkämpft und verteidigt werden



Alljährlich wird in Berlin am 18. März auf dem gleichnamigen Platz am Brandenburger Tor an die bürgerlich-demokratische Revolution anno 1848 erinnert. Die „Aktion 18. März“ hat mich erneut gebeten, zu den Anwesenden zu sprechen: Nein, wir haben nicht verloren, wir haben nur nicht gewonnen. Ich spreche über den neuen Feiertag in Berlin. Seit er spruchreif wurde, blieb ich beim 18. März. Meine Partei war ursprünglich für den 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, und votierte schließlich auch für den 8. März, dem internationalen Frauentag. Ich hätte den 18. März als Feiertag dennoch spannender gefunden. Denn so wäre womöglich alljährlich für viele die Frage aufkommen: Was war am 18. März? Und so wären wir sowohl in der 1848er Geschichte gelandet und ebenso in der Gegenwart. Und beide mahnen politisch: Bürgerrechte und Demokratie sind nie vom Himmel gefallen. Sie müssen immer erkämpft werden. Und umgekehrt: Wenn Bürgerrechte und Demokratie nicht verteidigt werden, dann werden sie entsorgt. Laut amnesty international geschieht das seit Jahren EU-weit, auch hierzulande.

Nun wird der 18. März oft auch mit der Wende in der DDR und den ersten freien, geheimen und gleichen Wahlen zur Volkskammer 1990 verbunden. Zu Recht und zugleich zu Unrecht – finde ich. Denn mit diesen Wahlen fand eine wirklich bürgerbewegte Zeit ihr Ende. Ich habe sie im Rückblick einmal so beschrieben: Es war eine Zeit, in der politische Belange öffentlich ausgehandelt wurden, in der Bewegung in scheinbar unverrückbare Machtverhältnisse kam, in der viele Journalisten ihre gewonnene Freiheit in den Dienst der Aufklärung stellten, in der die Opposition regierte und die Regierung opponierte, in der die Bürgerschaft sehr engagiert war, in der das Politische Hoch-Zeit feierte. Der „Runde Tisch“ ist dafür Synonym. Nach diesem 18. März 1990 zog im Osten westlicher Stillstand ein. Ruhe, nicht Aufbruch. Selbst der Verfassungsentwurf des Runden Tisches wurde fortan ignoriert. Von der Ost-CDU, weil die West-CDU sie nicht wollte. Bei der SPD war es ebenso. Dabei standen darin spannende Sachen. Zum Beispiel in Artikel 8: „Jeder hat das Recht an seinen persönlichen Daten und auf Einsicht in ihn betreffende Akten und Dateien.

Ohne freiwillige und ausdrückliche Zustimmung des Berechtigten dürfen persönliche Daten nicht erhoben, gespeichert, verwendet, verarbeitet oder weitergegeben werden.“ Auch Volksbegehren und Volksentscheide waren im Verfassungsentwurf verankert. Wir kämpfen heute noch darum, bislang erfolglos. Datenschutz, Abrüstung, soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie – diese Verfassung war als Mitgift des Runden Tisches der DDR für ein neues Deutschland gedacht. Ein bürgerrechtliches Drängen, das Erinnerung verdient. Bei den üblichen und offiziellen Rückblicken auf den Beginn der deutschen Einheit wird dies allerdings tunlichst ausgeblendet. Warum wohl? Der Ruf „Wir sind das Volk“ bedeutete zu DDR-Endzeiten übrigens für offene Grenzen, für Demokratie, für freie Presse. Also das Gegenteil von Pegida & Co. heute. Die demonstrieren nationalistisch-borniert gegen offene Grenzen, gegen Demokratie, gegen freie Presse. Dazwischen liegen fast 30 Jahre und Welten.

Petra Pau
Mitglied des Deutschen Bundestags
DIE LINKE.

Kommentar

Wahlausgabe der MML

von Thomas Singer

Fraktionsvorsitzener der LINKEN im Kreistag PM



Liebe Leserinnen und Leser,

unsere MittelMarkLinks begleitet Sie vierteljährlich seit der letzten Kommunal- und Europawahl 2014. Wir lieferten Ihnen Informationen und Hintergründe – dank unserer eigenen „Korrespondenten“ Norbert Müller und Anke Domscheit-Berg direkt aus dem Bundestag, aus dem Landtag durch Andreas Bernig und natürlich aus der Kreistagsfraktion, die ich mit leiten darf. Außerdem bekamen sie viele Berichte aus den Kommunen, die für andere Medien zu unwichtig oder zu klein erscheinen – sind sie aber nicht, denn da haben sich immer Menschen engagiert. Für die aktuelle Nummer sind wir stolz, auf Beiträge von gleich drei führenden Linken: Petra Pau – die Vizepräsidentin des Bundestags, Gabi Zimmer – unsere Fraktionsvorsitzende im Europaparlament und Martin Schirdewan, der für die LINKE als Spitzenkandidat zur Europawahl antritt. Ich habe erfahren, dass Demokratie viel Mühe macht, langsam ist und meist mit einem Kompromiss endet, weil der Gegenüber eben auch Interessen hat. Aber man kann etwas bewegen. Vor allem wenn man selber seine Prinzipien nicht verrät. Darum trete ich selber mit dem Slogan an „Fortschritt muss sozial sein und enkeltauglich“. Ich wünsche Ihnen und uns eine gute Wahl.

Am 26. Mai sind Kommunalwahlen

Die Spitzenkandidat*innen der Wahlkreise in Potsdam Mittelmark stellen sich vor



Annerose Hamisch-Fischer
Stahnsdorf, Nuthetal Beelitz, Michendorf

78 Jahre, verheiratet, zwei Söhne, ein Enkelkind
Pädagogin/ Rentnerin

seit Mitte der 70iger Jahre Mitglied der Gemeindevertretung
von 1998 bis 2003 ehrenamtliche Bürgermeisterin von Bergholz-Rehbrücke
von 2003 bis 2008 Ortsbürgermeisterin
seit 2008 Ortsvorsteherin
von 2004 bis 2014 Vorsitzende der Gemeindevertretung von Nuthetal
seit 2004 Abgeordnete des Kreistages

Ich brauche auch im Alter einen Sinn für mein Leben. Deshalb unterstütze ich aktiv geplante Vorhaben der örtlichen Vereine, des Mehrgenerationenhauses und der Akademie 2.Lebenshälfte.Meine kommunalen Erfahrungen bringe ich im Kreis mit ein.

Die Schwerpunkte in meinem Engagement setze ich wie folgt:

- Mobilität und hohe Lebensqualität im Alter
 - gelebte Demokratie durch Bürgernähe und Bürgermitbestimmung
 - bezahlbares Wohnen
 - Unterstützung strukturschwacher Kommunen durch weitere Aufstockung des Kreisentwicklungsbudget
 - Förderung des Tourismus durch den weitem Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes
 - der achtsame und nachhaltige Umgang mit den Ressourcen durch ökologische und ökonomische Entwicklung des ländlichen Raumes, die den Klimaschutz, die Energiewende und den Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt berücksichtigen
 - Erhalt und weiterer Ausbau des ÖPNV
 - Transparenz der Politik auf allen Ebenen
- Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Werte für die ich streite, wenn es sein muss auch laut

Thomas Singer
Kleinmachnow. Teltow

meine Genossen haben mich auf Platz 1 der Liste für den Kreistag im Wahlkreis Teltow/Kleinmachnow gesetzt. Seit 2007 bin ich bereits über mehrere Wahlperioden Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN. Mit meinen Mitstreitern, die Sie auch hier auf den Seiten sehen, haben wir aus der reinen Opposition heraus wichtige Ergebnisse erzielt.

Damit es auch zukünftig weiter geht, setze ich mich immer wieder für junge Neueinsteiger ein. Darum habe ich den jüngsten Kandidaten der Liste, Simon Behling aus Teltow, gebeten, mit mir zusammen auf dem Plakat aufzutreten. Gerade 23 Jahre und bisher ohne Mandat, hat er schon erste Ergebnisse aufzuweisen und gezeigt, dass er einer ist, der sich dahinter klemmt, vor allem wenn es um die Jugend oder um die soziale Gerechtigkeit geht.

Folgende Schwerpunkte haben wir uns zusammen vorgenommen:

- Wachstumsprobleme der Region TKS angehen – Investoren mit sozialen Auflagen verbindlich einbinden
- Soziale Gemeinschaft stärken - Orte der Begegnung fördern und mehren
- Demokratie erleben, erfahren, selber ausüben

- Sicherheitsgefühl erhöhen - Schutz vor sozialer Unsicherheit
- öffentliche Mobilität mit Busnetz
- S-Bahn-Ringschluss – Tickets für Schüler*innen - ohne Eigenbeteiligung gemeinsam vorbeugend gegen Schulabbruch, Vereinsamung, Radikalisierung
- kommunales Eigentum mehren
- klare Kante gegen Extremismus – Neubürger offen aufnehmen



Der traditionelle 1. Mai in Teltow

... wie seit vielen Jahren Tradition - die LINKE Potsdam-Mittelmark lädt alle Einwohner von TKS und weiter her zum traditionellen Fest zum 1. Mai von 10:00-18:00 nach Teltow in den August-Mattausch-Park ein. Wie immer eine gute Mischung aus Unterhaltung, Kinderprogramm und politischer Information aus verschiedenen Richtungen und die Gelegenheit alte Bekannte und Freunde mal wieder zu sehen.

Kurz vor der Europawahl am letzten Sonntag im Mai ist dieses Jahr Gabi Zimmer, Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament – zu deren 52 Mitgliedern auch die LINKEN gehören – unser Ehrengast. Das Blasorchester der Kreismusikschule spielt ab 10:00 auf. In Gesprächsrunden stellen sich u.a.

die Teltower Spitzenkandidaten der verschiedenen Parteien zur Kommunalwahl. Durch das Programm führt u.a auch Marlen Block, die Direktkandidatin der LINKEN für TKS für die Landtagswahl im September. Der Zauberer Andreas Körner wird ebenso für Unterhaltung sorgen wie die Aufführung des beliebten Tanzstudios Kurrrat ab 15:15. Die BIG BEAT BOYS beschließen anschließend das Programm am späten Nachmittag. Hüpfburg und Kinderschminken, die Tombola zu Gunsten der Kinder der Westsahara und ein breites Angebot an Essen und Trinken gehören wie immer fest zum Programm. DIE LINKEN sind wie immer zum 1. Mai auch offene Gastgeber für andere Parteien und Organisationen, die natürlich wenige Wochen vor dem Wahlsonntag

am 26.5. auch über ihr politisches Angebot informieren wollen.

- 10:00 – 12:30 Blasorchester der Kreismusikschule – dazwischen um 10:30 offizielle Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Kreistag Potsdam-Mittelmark, Thomas Singer
- 11:45 Gespräch mit Gabi Zimmer, Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament
- 13:00 Große Runde mit den Kommunalwahlkandidaten der Teltower Parteien
- 14:00 Zauberer Andreas Körner
- 14:45 Vorstellung Thomas Singer / Simon

Behling – Kandidaten der LINKEN für den Kreistag
15:15 Tanzshow Kurrrat
16:15 Big Beat Boys – dazwischen Übergabe des Hauptpreises der Tombola zu Gunsten der Kinder der Westsahara



Dr. Andreas Bernig Ziesar, Wusterwitz, Groß Kreutz, Kloster Lehnin, Beetzsee

Ich kandidiere das erste Mal für den Ortsbeirat Göhlsdorf und erneut für die Gemeindevertretung Kloster Lehnin und den Kreistag. Da ich auch Landtagsabgeordneter bin, konnte ich die verschiedenen Ebenen der Mitbestimmung und Entscheidung immer gut miteinander verbinden und Positives erreichen, z.B. in Göhlsdorf den Kinderspielplatz oder die 277.000 € für die Sanierung des Kirchturmes. Der Sozialbetrieb „Hand in Hand“ in Kuhlowitz hatte meine Unterstützung, um besonders Langzeitarbeitslosen eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wichtig für gute Arbeit ist auch, dass wir im Land bei der Vergabe öffentlicher Aufträge den Mindestlohn von 9 € auf 10,50 € anheben. Damit liegen wir über dem gesetzlichen Mindestlohn des Bundes von 9,19 €. Bei den Kommunalfinanzen haben wir erreicht, dass Kreis und Kommunen in Zukunft mehr Geld vom Land zur Verfügung gestellt bekommen. Im Kreis haben wir mit dafür gesorgt, dass die Gemeinden weniger Kreisumlage abführen müssen und somit mehr Geld für eigene Investitionen zur Verfügung haben. Gleichzeitig haben wir mit dafür beigetragen, dass finanzschwache Kommunen über das Kreisentwick-

lungsbudget vom Kreis Geld für Projekte erhalten. Wichtig für die Öffentliche Sicherheit ist, dass endlich der Personalabbau in der Polizei gestoppt wurde. Während unter Innenminister Jörg Schönbohm so gut wie keine Ausbildung mehr erfolgte, bilden wir inzwischen jährlich über 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter aus. Weiter engagieren möchte ich mich auch in der Kommunalen Kriminalitätsprävention. Bekämpfung der Kriminalität ist nicht alleine Aufgabe der Polizei sondern auch aller gesellschaftlichen Akteure und besonders der Bürgerinnen und Bürger. Ein gutes Beispiel dafür sind die Sicherheitspartner.



Unser ureigenstes Kind: Kreisentwicklungsbudget

2019 gab es erstmals mehr als eine Million Euro für die steuerschwachen Kommunen – konkret sogar 1,5 Millionen. Viele Kommunen können nichts dafür, dass sie wesentlich weniger Steuern einnehmen als der Durchschnitt im Kreis. Wir wollen aber gleiche Lebensbedingungen unabhängig vom Wohnort. Wir sind der Meinung, dass es dem Kreis und den besser gestellten Kommunen andernfalls teurer zu stehen kommt, wenn wir uns abgehängte Kommunen leisten und die irgendwann wieder heran holen müssen. Darum haben wir schon 2003 in unserem Wahlprogramm die Verantwortung des Landkreises für einen Ausgleich dieser ungleichen Startbedingungen eingefordert. 2009 haben wir erreicht, dass der Kreistag dafür einen Fonds beschloss: das Kreisentwicklungsbudget – noch ohne Geld. 2011 war erstmals eine Mehrheit bereit, Geld zu bewilligen: 500T€. 2012 konnten wir eine Erhöhung auf 750T€ erreichen. Dann ging

die ganze Wahlperiode nichts mehr. Weil aber jedes Jahr immer wieder viele berechnete Anträge nicht bedacht werden konnten und andererseits der Kreishaushalt enorm gewachsen war, haben wir im Wahlprogramm 2014 unsere Forderung für den notwendigen Rahmen auf 1,5 Mio. € aufgestockt. 2017 endlich die Steigerung auf 850T€ und in 2018 auf 950T€. Im Streit um den Kreissitz in Bad Belzig oder in Beelitz-Heilstätten fühlte sich der Landrat bemüht, für 2019 einen Betrag von 1,5Mio anzubieten, um die Blockade seines Masterplans wenigstens teilweise zu beheben. Der Kreisausschuss hat am 28.2. diesen Jahres die Zuschläge über 1,5 Millionen für 2019 erteilt – erstmals nicht erst im Mai. Die Kommunen können ihre Ausgaben und die Umsetzung früher und besser planen. Ein Langfristprojekt, angestoßen von der LINKEN, gepflegt von der LINKEN und immer wieder aufgestockt durch den hartnäckigen Druck der LINKEN. PS: der Kreis verarmt deswegen nicht – die 1,5Mio. € sind ca. 0,3% des Kreishaushaltes

Astrid Rabinowitsch Bad Belzig, Treuenbrietzen, Brück, Wiesenburg

Eine echte Stimme für unsere Region im Kreistag Potsdam Mittelmark.

Ich stehe für:

- den Erhalt des Krankenhauses in Bad Belzig als wirkliches Krankenhaus der Grundversorgung
- den Erhalt des Verwaltungsstandortes Bad Belzig mit den aktuellen Arbeitsplätzen
- den Ausbau des ÖPNV auch in Ferienzeiten - Taktverdichtung der Busse nach Berlin
- die kostenlose Schülerbeförderung vom 1. Kilometer im gesamten Kreisgebiet einschließlich Potsdam und Brandenburg
- ein gesundes kostenfreies Mittagessen für alle Kinder
- den Erhalt und Neubau kommunaler Wohnungen, altersgerecht und bezahlbar
- für die Kommunalisierung der Daseinsfürsorge wie beispielsweise den Rettungsdienst
- gute Löhne für gute Arbeit, damit die Menschen in der Region bleiben

- den Erhalt unserer schönen Natur und Artenvielfalt durch Blühstreifen auf kommunalen Flächen
- die Förderung regionaler Stoff- und Wirtschaftskreisläufe - Senkung der Umweltbelastung
- eine unbürokratische Bürgerbeteiligung und transparente Bürgerinformation in verständlicher Sprache

Schenken Sie mir am 26. Mai 2019 ihr Vertrauen! Ich werde Sie nicht enttäuschen!



Kathrin Menz Werder, Schwiesowsee, Seddiner See

Im Januar 1963 in Potsdam geboren und im Potsdamer Umland aufgewachsen, kann ich mich mit Fug und Recht als gebürtige Mittelmärkerin bezeichnen. Mit Begeisterung und immer noch immens viel Elan bin ich Oberschullehrerin für die Fächer Mathematik und Physik. So habe ich solide Grundkenntnisse, um mich auch politisch, insbesondere im Bildungsbereich, einzubringen. In der vergangenen Legislaturperiode konnte ich so als Vorsitzende des Kreistags-Ausschusses

für Bildung, Kulturförderung und Sport fungieren. Die neue Gesamtschule in Teltow, das Projekt „Lebenslanges Lernen“, die Kulturförderung oder auch die Förderung der Sportvereinstunden im Fokus. Allerdings sind noch viele Dinge offen, so muss die Schulentwicklungsplanung stets neu der demografischen Entwicklung Rechnung tragen. Daraus ergibt sich auch die Frage der Schülerbeförderung; wir möchten allen Schülerinnen und Schülern ein kostenfreies Schülerticket im gesamten Landkreis und auch für die angrenzenden Städte ermöglichen. In der letzten Legislaturperiode wurde ich wieder zur weiblichen Hälfte der Fraktionsdoppelspitze gewählt. Es geht nicht nur darum, die Arbeit zu koordinieren und auch nicht so beliebte Themenfelder zu besetzen, sondern auch um die möglichst effektive Vernetzung untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern. Besonders gute Erfahrungen habe ich immer dann gemacht, wenn konkrete Themen an einem konkreten Ort besprochen wurden. Und nicht zuletzt ist es auch immer Aufgabe der Fraktionsspitzen, Verbündete zu suchen, Gemeinsamkeiten zu finden, um einen möglichst großen Kreis von Abgeordneten aller Fraktionen für eine sachorientierte Zusammenarbeit zu gewinnen.

Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal

Wofür stehen wir, was macht sie aus, die Linke Politik in der Region?



Ihre Kandidat*innen aus Nuthetal

Schwerpunkte des Wahlprogramms aus Kleinmachnow:

- Neue Begegnungsstätten für jung und alt: Einrichtung eines Familienzentrums sowie Ausbau des Kita-Verbundes als kommunales Unternehmen
- Beibehaltung des elternbeitragsfreien Schulesens für Kinder aus einkommensschwachen Familien ein.
- Gewog als kommunales Wohnungsunternehmen von Anfang an als ein wichtiges stabilisierendes Element der gemeindlichen Entwicklung
- Aufgabe der Gewog besteht darin, die Mieten in den Geschosswohnungen auf einem für alle Bevölkerungsschichten bezahlbarem Niveau zu halten, um die soziale Schichtung nicht noch nachhaltiger zu verändern
- geförderte Wohnungen errichten, die vor allem Mitarbeitern von kommunalen Einrichtungen zur Verfügung stehen
- Wohnungen sollen zu sozial verträglichen Mieten errichtet und über eine Vergaberichtlinie demokratisch kontrolliert verteilt werden
- für die Mehrung des gemeindlichen Vermögens und mit aller Konsequenz gegen Bestrebungen der Privatisierung kommunalen Eigentums

- Die Rechte der Kommune als Eigentümer müssen konsequenter gewahrt werden.
- gegen den ökologisch und ökonomisch sinnlosen Ausbau des Teltow-Kanals und einer 190m-Schleuse
- nachbarschaftliche Zusammenarbeit für mehr Sauberkeit und Ordnung in der Gemeinde
- Wunsch der älteren Menschen, auch in der späten Lebensphase in Kleinmachnow weiter wohnen zu bleiben
- gemeinsam mit Teltow und Stahnsdorf Freizeitmöglichkeiten für die Jugend der Region schaffen und fördern
- gestaffelten Eintrittspreise - dauerhaft soziale Eintrittspreise
- da erweiterter ÖPNV mehr praktizierter Umwelt- und Klimaschutz bedeutet, setzt sich DIE LINKE für die Stärkung des Busverkehrs ein
- durchgehende S-Bahn-Schieneanbindung von Teltow über Stahnsdorf nach Wannsee (Ringbahnkonzept)



Rosemarie Kaersten und Antje Kellner aus Stahnsdorf

Stahnsdorfer Wahlprogramm

DIE LINKE ist die Partei des Friedens und Antifaschismus

- zivilgesellschaftliche Projekte und Strukturen wie das Netzwerk Tolerantes Teltow Kleinmachnow Stahnsdorf oder die AG Stolpersteine stärken.
- Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens/ Klimaschutzplans 2050
- Realisierung von Kleinwärmenetzten
- Erneuerung aller Heizungen in allen öffentlichen Gebäude
- bei öffentlichen Vergabeverfahren muss die Kommune ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und als Vorbild mit gutem Beispiel bei der fairen Bezahlung vorangehen
- innovative und sozialgerechte Wohnprojekte - Mehrgenerationenprojekte
- Schaffung und Verstärkung genossenschaftlicher Modelle
- Kauf von innerörtlichen Grün- und Waldflächen
- deutlich spürbarer Ausbau der Digitalisierung der Verwaltung
- bis zur Verlängerung der S-Bahn nach Stahnsdorf auf der Trasse nicht selbstfahrende E-Busse zum Einsatz bringen
- Errichtung einer Parkanlage für Bürger
- eine kostenlose musikalische Früherziehung (MFE) für alle Kinder
- Ein neues „Wir-Gefühl“

Liste der Kandidaten zur Gemeindevertretung

Teltow

Iris Bonowsky
Simon Behling
Anne von Törne
Reinhard Frank
Kay Kudell
Axel Szilleweit
Detlef Schreiber
Marcel Rettschlag
Uwe Lewerenz
Axel Bierbrauer

Stahnsdorf

Rosemarie Kaersten
Kai Schultka
Antje Kellner

Kleinmachnow

Klaus-Jürgen Warnick
Irene Wackrow
Wolfgang Kreemke
Doris Kubiczek
Christoph Jantc
Thomas Singer
Christian Zehner
Heiko Kuntzsch
Wolfgang Hartisch
Rolf Höfer

Nuthetal

Martin Beeskow
Heidi Hustig
Heike Schulz
Alexander Erdmann
Theres Nägler
Michael Wolter
Katja Kropp
Steffen Hofmann
Annerose Hamisch-Fischer
Kurt Baller
Frank Kunz
Tobias vom Lehn
Werner Wienert
Gerhard Stock

18. Japanisches Kirschblütenfest Hanami am 28. April ab 13 Uhr

Für wenige Wochen im Jahr verwandelt sich die rund 1,5km lange TV-Asahi-Kirschblütenallee zwischen Lichterfelder Allee, Marienfelder Anger und Teltow-Sigridshorst in ein langes rosa Band. In Japan stellt die Zeit der Kirschblüte den Höhepunkt des Jahres dar. Sie steht für Vergänglichkeit, aber auch für die Schönheit des Lebens. Wenn auf der TV-Asahi-Kirschblütenallee gegen Ende April die Blütezeit

der rund 1.000 Japanischen Kirschbäume beginnt, wird auch bei uns die Kirschblütenschau Hanami mit dem Kirschblütenfest gefeiert. An den jeweiligen Enden der Kirschblütenallee befinden sich die Marktplätze Teltow-Seehof und Teltow-Sigridshorst, an denen es an über 30 Marktständen Kulinarisches aus der Region, Interessantes aus der Nachbarschaft, Infos zu Vereinen, Natur

und Umwelt gibt. Aber auch Spiel- und Mitmachangebote für alle Generationen und Beiträge zur Deutsch-Japanischen Kultur, Kunst und Freundschaft. Auf den jeweiligen Bühnen treten verschiedene Künstler und Gruppen unterschiedlicher Teltower Vereine und Einrichtungen auf.

DIE LINKE ist wie immer mit ihrem eigen Stand und der mobilen roten „Wählbar“ vertreten



Werder, Schwielowsee, Seddiner See, Beelitz, Michendorf

Oberstes Bürgerinteresse ist Frieden



Kandidatinnen und Kandidaten der Region Seddiner See

Auszüge aus dem Wahlprogramm für die Region Werder

Wir stehen für alle Menschen, egal welchen Alters, Geschlechts, welcher Hautfarbe oder Nationalität. Deshalb will DIE LINKE in Werder, dass in gute Bildung investiert wird!

- Aktuell fehlt für jedes 7. Kind in Werder ein Kitaplatz
- transparente Verfahren mit nachvollziehbaren Kriterien bei der Vergabe von Kitaplätzen
- vorrangiger Ausbau der kommunalen Schulen
- 100 Wohnungen müssen sofort entstehen, dann 40 pro Jahr und Verzicht von unbegründeten Mieterhöhungen
- größere Wohnungsbauvorhaben nur mit einem Mindestanteil von 20% preiswerten Wohnungen
- Kommunale Entscheidungen müssen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nachvollziehbar sein
- für eine digitale Verwaltung und insbesondere eine digitales Bürgeramt
- lückenloses Radwegenetz mit sicheren Abstellplätzen
- Ohne Wasser für den Gartenbau zu konkurrenzfähigen Preisen bleibt dies ein Lippenbekenntnis. Deshalb fordern wir, das Brauchwasserwerk zu erhalten.

Schwerpunkte in Seddiner See

- Begegnungsstätten in allen Ortsteilen sind genauso wichtig wie Kindergartenplätze.
- über 500 Wohnungen in kommunalem Eigentum
- auch für ältere Menschen gute Wohnangebote vorhalten.
- qualitativ hochwertige, warme Mahlzeit für alle Kinder in Schule und Kita
- Nutzung der Digitalisierungsoffensive
- Einrichtung eines Servicepunktes für Beratungsangebote, Hilfen beim Ausfüllen von Anträgen
- Förderung der ortsansässigen Vereine (wie auch Schwielowsee, Kleinmachnow)
- Radwegeverbindung von Neuseddin nach Ferch über Bahnhof Lienewitz

Schwerpunkte aus dem Wahlprogramm für die Region Beelitz

- Kinder und familienfreundlicher Ort
- Wertschätzung des Familienzentrums
- Zusätzliche Jugendsozialarbeiter
- Teilhabe u. Partizipation für Senioren
- Kommunales betreutes Wohnen
- deutlicher Ausbau von Pflege-Verhinderungs-Strukturen
- DIE LINKE unterstützt mit ihren



Dr. Gabriele Janke
Spitzenkandidatin Werder



Lisa Stoof
Spitzenkandidatin Schwielowsee

Möglichkeiten im öffentlichen Diskurs die Notwendigkeit einer deutlichen Verbesserung der Einkommensverhältnisse im Osten

- für eine grundlegende Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung um Armut im Alter zu verhindern
- kommunalen Verantwortung in Beelitz für die Schaffung von altersgerechten und pflegevorsorgenden bzw. pflegerechten Sozialräumen

Liste der Kandidaten zur Gemeindevertretung

Beelitz

Christel Niederland
Peter Koppenhagen
Heike Buttgerit
Gabriele Schrader
Eckhard Grigoleit
Kerstin Westphal
Katharina Sonntag
Reinhard Westphal

Michendorf

Peter Pilling
Roswitha Huth
Norbert Engelke
Mathias Ruster
Dr. Hans-Dieter Wollenberg
Frank Trautmann
Peter Neuer

Schwielowsee

Lisa Stoof
Heidrun Hintze
Daniel Buschke
Daniel Polzin
Renate Polzin
Marion Höhne
Detlef Beuster
Isolde Fuhrwerk

Werder

Dr. Gabriele Janke
Peter Hinze
Irina Günther
Gunter Schinke
Klaus Vehlow
Sylvia Wagner

- Kräftigung der Wohngemeinnützigkeit, durch Erweiterung des gemeinnützigen Wohnungsmarktes in städtischer Hand
- keine Windkraftanlagen in Wäldern

Tolle Klimaschutzwerkstatt am Start

Auf dem Uferwerkgelände hat sich die noch junge Klimawerkstatt Werder etabliert - ein vorbildliches Projekt für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und die Energiewende. Am 28. März hatte ich die Gelegenheit, die Klimawerkstatt im Rahmen eines Wahlkreistermins des Bundestagsabgeordneten Norbert Müller zu besuchen. Martina Rumpel zeigte uns das tolle genossenschaftliche Kollektivwohnprojekt mit ökologi-

schen Neubauten des Uferwerks, tw. sogar mit Strohbällenwänden gebaut. Hier entstanden in den vergangenen 4 Jahren 60 Wohnungen für 160 junge bis alte Menschen. Seit letztem Jahr hat nun auch die Klimawerkstatt auf dem Gelände Platz gefunden und bietet gelebte Nachhaltigkeit mit Repair-Cafés und Fachwerkstätten in den Bereichen Fahrrad/Metall, Holz, Elektronik und Nähen

Darüber hinaus finden dort auch Bildungsarbeit für Kitas und Schulen sowie Projekte statt. Ein tolles und unterstützenswertes Projekt, das derzeit leider noch dringend auf weitere Fördermittel angewiesen ist.

Tina Lange
Kandidatin für den Landtag
WK 19



Liste der Kandidaten zur Gemeindevertretung

Bensdorf
Bärbel Merx
Ilja Weißleder
Kerstin Riemer

Groß Kreutz
Claudia Kirchhoff
Ronald Kurz
Romano Kurtz

Kloster Lehnin
Peter Kamolz
Detlef Janson
Frank Egide
René Seyfert
Dr. Andreas Bernig

Wusterwitz
Norbert Tilegant
Veronika Pohl
Helmut Willi Paul
Lothar Heinz Ohge
Henrico Göldner
Daniel Brückner
Herbert Weiss
Norbert Schubarth
Raimund Wesenburg
Volker Wesenburg
Karlheinz Hohenstein
Helmut Edelhäuber

Wusterwitz, Kloster Lehnin

Auszüge aus dem Wahlprogramm für Wusterwitz

- mehr Transparenz und Einbeziehung der Bürger, keine „Hinterzimmerpolitik“
- bürgerfreundliche Verwaltung mit vielen Online-Angeboten (kurze und schnelle Wege)
- ein kommunaler Naturfriedhof (Arboleum) im Amtsgebiet
- Ansiedlungsmöglichkeiten für junge Familien (Baugrund)
- Erhalt der KiTa's und der Grundschule
- Verbesserung der Mobilität/ ÖPNV
- „Eigenetum verpflichtet“ ernst nehmen und Dreckecken beseitigen
- Einrichtung von Fachausschüssen in der GV und sachkundige Einwohner öfter mit hinzuziehen
- ein 2. Supermarkt in Wusterwitz
- Unterstützung des Ehrenamts

Schwerpunkte aus Kloster Lehnin

- Erweiterung der Kompetenzen für den Ortsbeirat bis hin zu einem eigenem Budget
- ein Verkürzung des Taktes des RE 1
- unterstützen und werben für das Landärztestipendium von 1000 €
- Moratorium beim Ausbau der Windkraftanlagen
- Beteiligung der Kommunen an den

- Erträgen der Anlageneigentümer
- Lärmschutzwänden mit Photovoltaikanlagen
- Weiterführung des Radweges zwischen dem Kreisel Damsdorf und Göhlsdorf
- Sporthallen sollen auch weiterhin kostenfrei für Training und Wettkämpfe



Kandidatenteam für Kloster Lehnin

Bürgermeisterwahlen

In Niemeck und Borkheide stehen die Wahlen an



**Renate Krüger
Bürgermeisterkandidatin
Borkheide**

Wenn ich als Bürgermeisterin wiedergewählt werde, werde ich mich gemeinsam mit der Gemeindevertretung darauf konzentrieren, das für Borkwalde so wichtige Projekt „Kita-Neubau mit Gemeindesaal“ umzusetzen. Darüber hinaus ist der seit Jahren in Bearbeitung befindliche Flächennutzungsplan fertig zu stellen und mit der Umsetzung des Straßen- und Beleuchtungskonzepts zu beginnen. Dass dies bei einer sehr angespannten Haushaltslage zu schaffen sein muss, ist eine echte Herausforderung. Aber bei Fortsetzung der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Amt Brück ist mir davor nicht bange. Wichtiges Ziel ist und bleibt weiterhin, die Arbeit des Familienzentrums, des Jugendraums und der Bibliothek sowie die der örtlichen Vereine mindestens in dem Maße wie bisher zu unterstützen und zu fördern.

*Renate Krüger
Bürgermeisterin Borkwalde*

**Hans-Joachim Urmann
Bürgermeisterkandidat Niemeck**

seit 2010 in Niemeck – vorher bis 2003 für 10 Jahre Bürgermeister in Bork-Leillichow – vielfältig engagiert in Vereinen und Ehrenamt u.a. Vorsitzender des „Vereins für historische Bauten der Stadt Niemeck e.V.“
Meine Arbeitsschwerpunkte als Ihr Bürgermeister:
Schulden abbauen, Ausbau Gewerbegebiet, mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Ausbau und Erhalt von KiTa und Schwimmbad, seniorenrechter Wohnraum, Förderung des Tourismus, kein Durchgangsverkehr für LKW



Schulbücher für rumänische Schulen

Dr. Andreas Bernig nimmt Spenden entgegen

Der Partnerschaftsbeauftragte des Landes Brandenburg für die Region Centru/Siebenbürgen in Rumänien hat die Schulen im Land aufgerufen, statt die aussortierten Lehrbücher wie üblich zu entsorgen, Klassensätze deutscher Schulbücher für die 60 deutschen Schulen in Rumänien zu spenden. Dr. Andreas Bernig, Landtagsabgeordneter und Kandidat auch für Kreistag und seine Kommune, hat

das aufgegriffen. Bei der Grundschule Glindow konnte er seinen PKW mit den aussortierten, sehr gut erhaltenen Lehrbüchern, voll beladen. In vielen Schulen in Rumänien, die Deutsch lehren, fehlen für den Unterricht die entsprechenden Bücher. Die gespendeten Schulbücher werden dann zeitnah nach Rumänien gefahren. Die Schule in Glindow spendet somit das in der Vergangenheit durch den Altstoffhandel

eingenommene Geld für den Unterricht in den rumänischen Schulen. Dr. Bernig bedankt sich sehr herzlich bei der Lehrerschaft und den Schüler*innen der Grundschule Glindow. Wer noch Verbindungen zu anderen Grundschulen hat, kann zu Dr. Andreas Bernig unter www.andreas-bernig.de Kontakt aufnehmen.

*Dr. Andreas Bernig
Mitglied des Landtages*



Bad Belzig, Treuenbrietzen, Niemeck, Borkheide, Borkwalde, Wiesenburg

Ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019

Liste der Kandidaten zur Gemeindevertretung

Bad Belzig

Claudia Wipfli
Heike Kretschmer
Helmut Peltret
Angela Heyer
Werner „Bill“ Nickl
Olaf Präger

Borkwalde

Renate Krüger
Enrico Schulz
Dr. Lothar Schröder
Recarda Ueberschär
Peter Krüger

Niemeck

Hans-Joachim Urmann
Kerstin Panzner

Treuenbrietzen

Walter Treu
Detlef Höhne
Eva Bergmann

Wiesenburg

Daniela Rabinowitsch
Norbert Hesse
Astrid Rabinowitsch
Matthias Mursall
Doreen Selent
Kai Sieber

Schwerpunkte des Wahlprogramms für Wiesenburg

- nicht abgehängt werden von Infrastrukturen, Digitalisierung, Kulturerlebnissen und wirtschaftlicher Entwicklung
- Bus und Bahn sind wichtig für ein selbstbestimmtes Leben.
- stündlich verkehrenden PlusBusLinie zwischen Bad Belzig und Ziesar mit Anbindung an die an- und abfahrenden Züge vom Bahnhof Bad Belzig und Bahnhof Wiesenburg
- für neue Formen der Arbeit wie Home-Office und Co-Working sind die Ansiedlungsvoraussetzungen gezielt zu schaffen
- viele arbeiten lange für wenig Geld und nehmen weite Wege auf sich.
- vorhandenen Standard an touristischer Infrastruktur in guter Qualität verbessern, mit einem besonderen Augenmerk auf Naturverträglichkeit
- Ausbau des Radweges zwischen Wiesenburg und den umliegenden Ortsteilen und Anschluss an Bad Belzig
- kostenfreie Teilnahme am sportlichen Vereinsleben und Besuch kultureller Veranstaltungen der Gemeinde Wiesenburg/Mark für Kinder
- das neu geschaffene Familienzentrum zum Ausgangspunkt für das gesellschaftliche Zusammenleben werden.
- DIE LINKE unterstützt in Ihrem Wahlprogramm den Wunsch aller Menschen, in jeder Lebensphase in ihrem Wohnort weiter wohnen bleiben zu können
- Blühstreifen im gesamten Gemeindegebiet
- biologische Landwirtschaft auf kommunalen Pachtflächen
- Informationen von öffentlichem Interesse transparent und in verständlicher Sprache
- Erhalt des Verwaltungsstandortes Bad Belzig

Auszug aus dem Wahlprogramm für Borkwalde

- Gemeinschaftssinn gefördert wird
- unser Ort weiter zusammenwächst in seinen Ortsteilen
- Neubau einer Kindertagesstätte mit integriertem Gemeindehaus
- Spielplatz für unsere Kleinkinder „einbauen“, der zugleich ein Bewegungsplatz für alle Generationen sein soll
- „Stromtankstelle“ wenigstens für zweirädrige Fahrzeuge
- Flächennutzungsplan umsetzen
- Ausgangspunkt für Letzteres sind die Interessen der Anliegerinnen und Anlieger.
- Prüfung der Erschließungsbeitragssatzung, die vor allem auch die Kostenbeteiligung regelt, dahingehend, ob der bisherige Verteilungsschlüssel (10 Prozent Gemeinde, 90 Prozent Anlieger) zugunsten der Anlieger verändert werden kann
- ein Einzelhandelsunternehmen ansiedeln
- Möglichkeiten des Sporttreibens gibt es, jedoch vor allem für die jungen und älteren Erwachsenen, Ausbau auf für Senioren
- weiter und unbeirrt gegen die Aufstellung von Windrädern in den Wäldern

Schwerpunkte des Wahlprogramms für Bad Belzig

- transparente Kommunalpolitik
- ortsnahe Arbeitsplätze
- qualifizierte Kinderbetreuung durch Fachpersonal

- kostenlose Nutzung von städtischen Einrichtungen für Jugendgruppen von Vereinen
- Beibehaltung der Sozialtarife für städtische Einrichtungen
- Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Verkehrsberuhigung



Kandidatenteam für Bad Belzig v.l.n.r. - Claudia Wipfli - Heike Kretschmer - Helmut Peltret - Angela Heyer - Werner „Bill“ Nickl - Olaf Präger.

Lebensqualität für jedes Alter verbessern

Eine „Halle für alle“ soll in Wiesenburg/ Mark entstehen

In den vorhandenen Dorfgemeinschaftsräumen und Jugendeinrichtungen der einzelnen Ortsteile, sollen für die EinwohnerInnen unterschiedlicher Altersgruppen und Interessen Veranstaltungs- und Projektangebote zur Verfügung stehen. Dabei soll das neu geschaffene Familienzentrum zum Ausgangspunkt für das gesellschaftliche Zusammenleben werden. Noch ist die Kunsthalle in Wiesenburg

zwar eine Baustelle, Mitte Juni sollen jedoch alle Arbeiten abgeschlossen sein. Unser barrierefreies Familienzentrum soll Angebote entwickeln, um Familien in unserer Gemeinde mit seinen 14 Ortsteilen zukünftig besser zu unterstützen. Dabei sind nicht nur Kinder und junge Familien, auch Großeltern sind herzlich Willkommen. Die mit rund 850.000 Euro bezifferte

Sanierung wurde unter anderem mit 165.000 Euro aus dem Kreisentwicklungsbudget (s. auch Seite 03), eine Errungenschaft der Linken auf Kreisebene, gefördert. Eine „Halle für alle“ soll am Ende entstehen. Eine zentrale Anlaufstelle für alle Familien zu haben, war und ist eine grundlegende Forderung der Linken in Wiesenburg/Mark.



Für'n Appel und 'n Ei

Spitzenkandidat für das Europäische Parlaments Martin Schirdewan im Gespräch

Martin Schirdewan ist Brandenburger und Abgeordneter des Europäischen Parlaments - er ist Spitzenkandidat im Rennen für DIE LINKE bei der Wahl am 26. Mai 2019.

Mit welchen drei Argumenten willst du die Menschen von der Wahl der Partei DIE LINKE überzeugen?

Als erstes geht es uns immer um mehr Solidarität und den Kampf gegen Armut. Wir wollen z.B. armutsfeste Mindestlöhne und eine europäische Arbeitslosenversicherung. Zweitens haben wir einen friedenspolitischen Auftrag. Wir lehnen die Gründung einer europäischen Interventionsarmee ab. Drittens wollen wir den Rechtsruck in Europa stoppen.

Da kommt dann gleich der AfD-Vorwurf, dass wir Deutschen doch nicht die Mindestlöhne der Griechen zahlen wollen...

In Europa jagt ein Steuerskandal den anderen. Konzerne und Vermögende versuchen mit illegalen Tricks ihre Steuerschuld zu reduzieren. Jedes Jahr gehen dadurch 850 Mrd. Euro verloren. Wir müssen also Steueroasen schließen und Mindeststeuern für Unternehmen einführen. Hätten wir jedes Jahr 850 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung, dann könnten wir die genannten Vorschläge bezahlen.

Was ist mit der Digital-Steuer?

Apple hat im Jahr 2014 in Irland 50 Euro Steuern auf eine Millionen Euro Gewinn bezahlt, das sind 0,005 Pro-

zent Steuern. Da zahlt jede Bäckerei und jeder Frisör mehr Steuern. Das ist eine Sauerei...

Macron hat doch schon eine Digital-Steuer in Frankreich eingeführt. Warum zieht die Bundesregierung da nicht mit?

Dazu gab es sogar ein Beschluss. Doch der deutsche Finanzminister hat dieses Vorhaben torpediert. Er meinte, dass man die Internet-Konzerne nicht dämonisieren solle.

Du hast dich konkret mit der schwarzen Liste der Geldwäscherstaaten beschäftigt...

Es kommt ganz viel Geld illegal in die EU. Vor allem aus Waffenverkäufen, Prostitution und Drogenhandel. In Deutschland werden pro Jahr bis zu 100 Mrd. Euro gewaschen. In der Regel laufen die Waschvorgänge über den Immobilienmarkt. Mit schmutzigem Geld werden Häuser und Wohnungen gekauft. Das treibt natürlich auch die Mieten nach oben.

Welche Staaten sind auf der Liste?

Vielleicht sage ich einmal, welche Staaten nicht auf der Liste sind: Alle EU-Staaten fehlen da zum Beispiel. Saudi-Arabien wurde nicht auf die Liste gesetzt, weil zu viele EU-Staaten mit dem Königreich zu gute Geschäfte machen.

Was hat DIE LINKE im EU-Parlament erreicht?

Wir haben durchgesetzt, dass in Zukunft für entsandte Arbeitnehmer



Martin Schirdewan auf dem Europaparteitag in Bonn

Foto: DIE LINKE.

europaweit die gleichen Löhne, wie für einheimische Arbeitnehmer gezahlt werden. Nach dem Motto: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Wir haben das Verbraucherrecht verbessert, indem wir das Recht von Sammelklagen gestärkt haben. Es ist jetzt einfacher sich juristisch gegen Unternehmen zu wehren. Wir haben mit durchgesetzt, dass Whistleblower besser geschützt werden.

Du hast dich auch mit Siemens angelegt...

Siemens wollte - trotz Rekordgewinnen - Standorte in Deutschland und in den Niederlanden schließen. Unsere Fraktion hat Siemens-Betriebsräte nach Brüssel eingeladen. Durch öffentliche Proteste ist es uns gemeinsam

gelingen, die Betriebe in Görlitz und Erfurt zu erhalten.

Wie erlebst du die rechtsextremen Parteien im Parlament?

Das reicht von faschistischen Parteien wie Jobbik aus Ungarn über „goldene Morgenröte“ aus Griechenland bis zur Lega Nord in Italien und der AfD. Sie verbreiten Rassismus. In Italien wird offen darüber fabuliert, ob man nicht Eisenbahnwagen 2. Klasse für Nicht-Italienerinnen und Nicht-Italiener einführen sollte. Als Antifaschisten versuchen wir diesen Rechtsruck zu stoppen. Auch dafür brauchen wir am 26. Mai jede Stimme.

Das Interview führte Klaus Singer für info LINKS der LINKen Berlin Lichtenberg

Es ist längst nicht egal, wer im Europaparlament abstimmt



Gabi Zimmer

Foto: DIE LINKE.

In Brüssel sehe ich von meinem Arbeitszimmer im Europaparlament direkt auf den Place Luxembourg. Seit Monaten fordern hier Tausende Schüler*innen die Regierenden in der

EU auf, konkret gegen den Klimawandel vorzugehen. Die Initiatoren der Proteste „Fridays 4Future“ aus 19 Ländern diskutierten mit uns in Strasbourg darüber. Das, was die

Politik in der EU verändern. Das ist richtig. Mehr Demokratie, mehr soziale Rechte, höhere Umweltstandards, keine Beteiligung an Kriegseinsätze, keine Waffenexporte und vieles mehr. Dafür brauchen wir mehr Abgeordnete aus dem linken und progressiven Spektrum. Es ist eben längst nicht egal, wer im Europaparlament abstimmt. Wir haben das Recht, die Abgeordneten, die die Interessen der Menschen vertreten sollen, zu wählen. Wer nicht wählt, entscheidet trotzdem. Nicht-Wähler*innen geben ihre Stimme an Parteien, die sie gar nicht wollen. Das haben wir zuletzt beim Referendum über den Brexit in Großbritannien gesehen.

die Politik in der EU verändern. Das ist richtig. Mehr Demokratie, mehr soziale Rechte, höhere Umweltstandards, keine Beteiligung an Kriegseinsätze, keine Waffenexporte und vieles mehr. Dafür brauchen wir mehr Abgeordnete aus dem linken und progressiven Spektrum. Es ist eben längst nicht egal, wer im Europaparlament abstimmt. Wir haben das Recht, die Abgeordneten, die die Interessen der Menschen vertreten sollen, zu wählen. Wer nicht wählt, entscheidet trotzdem. Nicht-Wähler*innen geben ihre Stimme an Parteien, die sie gar nicht wollen. Das haben wir zuletzt beim Referendum über den Brexit in Großbritannien gesehen.

*Gabi Zimmer
Vorsitzende der Fraktion
der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke im EU-Parlament*

Ehrenamtlich engagiert

In ganz Deutschland finden sich sowjetische Kriegsgräber

Der 74. Jahrestag des Sieges der Alliierten über den Hitler-Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes ist Anlass, jener sowjetischen und auch polnischen Bürger, die während des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet von Berlin und Brandenburg ihr Leben für unser Leben und unsere Freiheit geopfert haben, zu gedenken. Aber auch der Umgang mit den Erinnerungsstätten an sie wollen wir immer wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Seit 1994 engagiert sich ein ehrenamtlicher Arbeitskreis „Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe“ der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. dafür.

Den Anstoß waren die beschämenden Umstände und Begleiterscheinungen des Abzugs der sowjetischen bzw. russischen Truppen aus Deutschland. Die abziehenden Soldaten und ihre Familienangehörigen waren bekanntlich die ersten Opfer ausländischer Ausschreitungen nach 1989/90. Allein im Jahr 1992 wurden nach Angaben des letzten Oberkommandierenden der Westgruppe der Russischen Streitkräfte, Burlakow, 12 Militär- und Zivilpersonen der Gruppe bei ausländischer Übergriffen in Deutschland getötet. Überall in Ostdeutschland wurden sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe zu Zielobjekten ausländischer und neonazistischer Grab- und Denkmalschändungen. Gleichzeitig gab und gibt es einen massiven Bestands- und Veränderungsdruck. Allein zwischen 1990 und 2004 sind in 65 derartige Objekte beseitigt und weitere 24 unter verschiedenen



Sowjetischer Soldatenfriedhof in Stahnsdorf

Vorwänden verlagert wurden. Dabei hatten beim Abschluss des 2+4-Vertrages 1990 die Regierungen der beiden deutschen Staaten die Zusicherung abgegeben, den Bestand zu sichern und die sowjetischen Ehrenmale und Friedhöfe zu pflegen.

Nach unserer Auffassung sind die sowjetischen Ehrenmale und Friedhöfe in Deutschland ebenso wie die KZ-Gedenkstätten und anderen Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes unveräußerliche Bestandteile der demokratischen und humanistischen Gedenkkultur unseres Volkes. Sie dürfen nicht der Disposition geschichtsrevisionistischer Kräfte überlassen werden. Völlig zurecht wird deshalb

von den Völkern und Regierungen Russlands und der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion heute der Umgang mit den sowjetischen Ehrenmalen und Gräberstätten in Deutschland als gewichtiger Prüfstein für die Aufrichtigkeit deutscher Absichtserklärungen über Frieden, Versöhnung, gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit bewertet. Unsere Pflicht als Mitglieder des Arbeitskreises sahen und sehen wir in zwei große Tätigkeitsfelder: Erstens - Erhaltung und Pflege der Ehrenmale und Friedhöfe in Zusammenarbeit mit dem Büro für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit bei der Botschaft der Russischen Föderation

in Deutschland und mit den örtlich Kommunalbehörden. Hier beraten wir interessierte Kommunen bei Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen an Ehrenmalen und Friedhöfen. Augenblicklich begleiten wir derartige Arbeiten in Eisenhüttenstadt, Schwerin und Forst.

Zweitens - wurden von uns mehrere Tausend Auskunftsersuchen nach Existenz, Lage und Zustand von Gräbern sowjetischer Bürger in Deutschland bearbeitet, zu einem beträchtlichen Teil mit positivem Ergebnis. Wir haben es geschafft, unbekanntem Toten ihre Namen und Grabstätten zurückzugeben, die ihnen bei Umbettungen in der Nachkriegszeit abhanden gekommen waren.

Unser Arbeitskreis arbeitet ausschließlich ehrenamtlich; alle Mitglieder sind Altersrentner. Wir erhalten von nirgendwo irgendwelche Zuwendungen und bestreiten die mit unserer Arbeit verbundenen Kosten ausschließlich aus eigenen Einkünften.

Unsere Arbeit beabsichtigen wir fortzusetzen, solange das Erfordernis dafür besteht und unsere Kräfte dies zulassen. Mangel an Arbeit haben wir vorläufig nicht zu befürchten.

Gerade haben wir die Daten von 27 in Stahnsdorf gefallenen Soldaten ermitteln können. Jetzt kann ihnen - auch wenn sie kein Grab haben - mit Namen, Geburtsdatum und Dienstgrad gedacht werden. Und vor allem erfahren nach 74 Jahren ihre Angehörigen endlich, wo ihre Vorfahren gefallen sind ...

Dr. Wolfgang Ditting

Einladung: Lesen gegen das Vergessen

auf dem Berliner Bebelplatz, Unter den Linden 9, am 10. Mai, 16 bis 18 Uhr

»Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät.

Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird.«

Erich Kästner über das Verbrennen von Büchern, 10. Mai 1953

Darum organisiert DIE LINKE am 10. Mai auch in diesem Jahr LESEN GEGEN DAS VERGESSEN

ES LESEN UND SINGEN

Christian Grashof, Schauspieler
Beate Klarsfeld, »Nazijägerin«
Klaus Lederer, Bürgermeister und

Senator für Kultur und Europa
Gesine Löttsch, Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende, Mitglied des
Deutschen Bundestages
Nicolás Rodrigo Miquea, Musiker
Petra Pau, Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestages
Oliver Ruhnert, Geschäftsführer Profi-
fußball 1. FC Union Berlin
Ingo Schulze, Schriftsteller
Hermann Simon, Historiker
Gabriele Streichhahn, Intendantin
»Theater im Palais«

Anika Taschke, Deutsches Mauthausen-Komitee
Hans-Eckardt Wenzel, Musiker



Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in

Medienpartnerschaft mit der Tageszeitung »neues deutschland«.

Kapitalismus heißt das Problem - nicht Schulschwänzen

DIE LINKE unterstützt Fridays for Future

„Unsere Jugend ist heruntergekommen und zuchtlos. Die jungen Leute hören nicht mehr auf ihre Eltern. Das Ende der Welt ist nahe“, so lautet eine Keilschrift aus Mesopotamien, die auf ca. 2000 Jahre vor Christus datiert wird. Die Worte könnten auch in den kürzlichen Debatten rund ums Schulschwänzen im Zuge der Fridays for Future – Proteste gefallen sein. Denn anstatt sich darüber zu freuen, dass es eine selbstorganisierte Bewegung vermag, weltweit Hunderttausende junge Leute seit Wochen auf die Straße zu bringen, machen sich Politiker_innen von AfD bis zum brandenburgischen Ministerpräsidenten Woidke darüber Sorgen, dass der Freitag nicht der Schule allein gewidmet ist. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass Bildung auch und vor allem außerhalb der oftmals trostlosen Schulmauern stattfindet. Demonstrationen organisieren, daran teilnehmen, die Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Anliegen und das Schärfen der eigenen Position sind es allemal. Und selbst wenn von Demonstrationen quasi null „Bildung“ ausginge, das Recht auf freie Meinungsäußerung steht weit über der Pflicht junger Menschen die Schule zu besuchen.



Fridays for Future Demo am 15.03.2019 – mit Schiebermütze – Norbert Müller, mit rotem Hut – Anke Domscheit-Berg – die beiden Bundestagsabgeordneten aus und für Potsdam-Mittelmark Bildrechte Bundestagsfraktion DIE LINKE

Der Verweis aufs Schulschwänzen ist aber vor allem ein billiger Ablenkungsversuch. Ablenkung von der eigenen und kollektiven Verantwortung diesen Planeten zu bewahren. Nicht umsonst kommt die lauteste „Kritik“ von den Klimawandelleugnern der AfD und Kohlefans aus dem bürgerlichen Lager. Pointiert, aber müßig auch die Kommentare darüber, dass die herunter-

gekommene Jugend (s.o.) doch lieber selber mal den Müll trennen und die Türen schließen solle. Sicherlich hat der/die Einzelne eine Verantwortung gegenüber der Umwelt, sei es durch Konsum oder Reiseverhalten. Doch der Bärenanteil des menschgemachten Klimawandels ist bei der Industrie, dem Kapital zu verorten. Das fängt bei der unsauberen Energieerzeugung

an, geht bei der Schwerindustrie und ihren übersubventionierten Hochenergiefabriken weiter und kommt erst mit den durch die Industrie manipulierten Produkten (siehe Diesel-Skandal) bei den Konsument_innen an. Das Ende der Welt ist näher als je zuvor, aber nicht weil sich junge Menschen ihrer Stimme ermächtigen. Sondern weil die Stimme der Vernunft, dem Gesetz des Profits unterliegt.

Als LINKE sollten wir uns weiter darauf verstehen, die vernünftigen Stimmen der Vielen egal welchen Alters zu hören und mitzutragen. In Puncto Klimarettung ist daher unsere Forderung nach einem europaweiten Braunkohleausstieg bis 2030, wie wir es in unserem Europawahlprogramm formulieren, konsequent. Doch natürlich wäre es damit nicht getan. Die größte Gefahr für Mensch und Klima geht nicht von der Kohle oder Dieselabgasen aus, sondern dem System, das diese produziert: dem Kapitalismus. Nicht umsonst fordern wir einen sozial-ökologischen Umbau, der die gesellschaftliche Produktionsweise als Ganzes hinterfragt und verändern will

Norbert Müller
Mitglied des Bundestags
DIE LINKE.

Mehr Demokratie wagen

Wahlalter ab 16 Jahren europaweit

Nicht nur das fatale Wegbereiten der sogenannten Uploadfiltern zeigt: Die Stimme der jüngeren Generation findet in Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten gerade kaum Gehör. Die Europawahl wäre daher ein guter Anlass das zu ändern. In Brandenburg stehen 16- und 17-jährige bald vor einer geradezu schizophrenen Situation: Denn wenn am 26. Mai gewählt wird, dürfen sie zwar über die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäte mitbestimmen. Das hatte DIE LINKE in der ersten rot-roten Regierung in Brandenburg durchgesetzt. Von der gleichzeitig stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament sind sie aber nach wie vor ausgeschlossen. Dabei beeinflussen viele Entscheidungen auf europäischer Ebene das Leben junger Menschen ganz akut oder treffen, wie die Diskussion um EU-Urheberrechtsreform zeigt, besonders auf ihr Interesse.

Vielfach wurde in der Vergangenheit argumentiert, eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wäre gar nicht notwendig, da sich junge Menschen ja eh nicht für Politik interessieren würden. Doch die weltweiten Klimastreiks von Schüler*innen zeichnen ein ganz anderes Bild. Junge Menschen wollen die Welt in der sie leben aktiv mitgestalten und begehren auf gegen eine desaströse Klimapolitik, die weniger das Klima, sondern Konzerninteressen schützt. Beim Brexit-Referendum war es vor allem die Generation 65+, die dafür votierte (60%), während über 70 % der 18-24 Jährigen für einen Verbleib waren. Oft genug geht es in der Politik um Entscheidungen mit erheblichen, langfristigen Konsequenzen, wodurch die jeweilige Perspektive eine wichtige Rolle spielt. Ganz plump gesagt: Eine 17-Jährige muss mit den Folgen des Klimawandels noch relativ lange leben.



Ein Politiker – das Durchschnittsalter im Deutschen Bundestag liegt bei ca. 50 Jahren – nicht mehr ganz so lang. Es bedarf daher einer breiteren Beteiligung junger Menschen im gesamten politischen Prozess – und das heißt nicht nur bei Wahlen –, um ihre Probleme und Wünsche mehr in den Fokus zu nehmen. Die europaweite Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wäre dazu ein wichtiger Schritt. Denn die Einbeziehung von mehr

Wähler*innen bedeutet auch mehr Demokratie. Es geht hier nicht darum, abnehmender Wahlbeteiligung zu begegnen, sondern den nächsten Schritt hin zur gleichen Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu machen. Die letzten beiden großen Schritte waren in Deutschland die Einführung des Frauenwahlrechts 1918 und die Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 im Jahre 1972. Beides kommt uns heute selbstverständlich vor.

Chance verpasst

Das neue Urheberrecht in der EU trifft die Falschen



Drei Jahre verhandelten Europaparlament und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten über ein neues Urheberrecht. Die Richtlinie sollte Urheber*innen stärker an den Einnahmen großer Onlineplattformen wie Google oder YouTube beteiligen und gleichzeitig einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt erreichen. Leider werden beide Ziele mit der Reform verfehlt, stattdessen bleiben Unterschiede im Urheberrecht der Mitgliedsstaaten bestehen und Machtungleichgewichte zwischen den großen Plattformen sowie großen Verwertungsgesellschaften (GEMA, Axel-Springer Verlag) auf der einen Seite und Urheber*innen, kleinen Plattformen, Start-ups und allen Nutzer*innen auf der anderen Seite wurden sogar verstärkt. So gibt es weiterhin keine europaweite Erlaubnis, Fotos von Denkmälern oder Gebäuden aus dem öffentlichen Raum veröffentlichen zu dürfen.

Am heftigsten wird kritisiert, dass Online-Plattformen, die Inhalte ihrer Nutzer*innen verbreiten, dazu gezwungen werden, alle diese Inhalte vor dem Hochladen zu durchleuchten und sofort zu sperren, wenn sie Urheberrechte verletzen. Das klingt harmlos, aber die dafür eingesetzten Uploadfilter arbeiten sehr fehlerhaft. Zwischen legaler und illegaler Nutzung können sie nicht unterscheiden, sie sperren rechtlich völlig zulässige Parodien, Satire oder Bildungsinhalte. Selbst Vogelstimmen und Katzenschnurren wurden von diesen Algorithmen mit geschützter Musik verwechselt und gesperrt. Vor allem die Verhältnismäßigkeit ist nicht gewahrt, denn nur ein einziger von 10.000 hochgeladenen Inhalten verletzt das Urheberrecht. Weil das die Meinungsfreiheit vieler Nutzer*innen erheblich einschränkt, protestierten Menschen europaweit dagegen, mehr als 5 Millionen Menschen haben die größte Petition aller Zeiten unterzeichnet. Sie wurden erst

ignoriert und dann als automatische Bots diskreditiert.

Weil die Entwicklung der Uploadfilter Zig Millionen Euro kostet, werden kleine Plattformen die Filter der großen Monopolunternehmen nutzen müssen. Neben Ausnahmen für Wikipedia und Handelsplattformen wie eBay sind nur Plattformen, die sehr klein und gleichzeitig jünger als drei Jahre sind, davon ausgenommen. Großkonzerne machen also Geschäft auf Kosten kleiner Wettbewerber. Auch Urheber*innen werden ihre Rechte nur noch über große Rechteinhaber wie die GEMA wahrnehmen können, dadurch noch abhängiger von ihnen werden und ganz bestimmt nicht selbst mehr Einnahmen erzielen. Die Bundesregierung brach ihre Zusage im Koalitionsvertrag, Uploadfilter wegen Unverhältnismäßigkeit zu verhindern, stimmte auf europäischer Ebene zu und behauptet nun, dass sie in Deutschland eine Umsetzung ohne Uploadfilter erreichen will. Ein YouTube in den Grenzen Deutschlands gibt es aber nicht, wie es ohne gehen soll, wird nicht erklärt.

Chefverhandler der Reform war der CDU-Abgeordnete Axel Voss, der einen großen Anteil daran hat, dass neben den Uploadfiltern auch ein europäisches Leistungsschutzrecht darin steht, das wir aus Deutschland bereits als gescheiterten Versuch kennen. Firmen wie Google sollten für die Anreißertexte unter Presselinks an die Presseverleger Geld bezahlen - am Ende erhielt Google die Verlinkungserlaubnis gratis und blechen mussten wieder nur die Kleinen. Im Europaparlament hat einzig die LINKE geschlossen gegen diese Richtlinie gestimmt, die ihre Ziele nicht erreicht, aber viele Nachteile bringt. Die Chance für ein modernes Urheberrecht wurde verpasst.

Anke Domscheit-Berg
Mitglied des Bundestags
DIE LINKE.

Werben in der MML 2019

MITTELMARK LINKS erscheint als linke Quartalszeitung 4x jährlich und wird kostenlos an 20.000 Haushalte im Landkreis Potsdam-Mittelmark verteilt. Mit Ihrer Anzeige sind Sie in der Region präsent und unterstützen eine alternative Stimme für lokale, bürgernahe linke Politik.

Voraussichtl. Erscheinungstermine 2019:

19.04.19 / 12.07.2019 / 11.10.2019

Anzeigenschluss:

06.04.2019 / 29.06.2019 / 29.09.2019

Anzeigenformate & -preise (Nettopreise in Klammern):

im Anschnitt (210x290mm):

- 1 Seite Anschnitt (210 x 290mm): 480,- (403,36) €
- 1/2 Seite Anschnitt (210 x 145mm): 270,- (226,89) €

im Satzspiegel (210 x 260mm):

- 1/2 Seite (210 x 130mm): 250,- (210,08) €
- 1/4 Seite (105 x 130mm / 210 x 65mm): 150,- (126,05) €
- 1/8 Seite (52 x 130mm / 105 x 65mm): 80,- (67,23) €

Platzierungszuschlag:

- Titel (nur 1/8 und 1/4 Seite möglich): 50%
- Rückseite: 20%

Rabattstaffel: 2 Ausg. - 10%; 3 Ausg. - 15%; 4 Ausg. - 25%

Der Rabatt wird bei verbindlicher Buchung von Anzeigen für mehrere Ausgaben (auch unterschiedl. Formate / nicht aufeinanderfolgende Ausgaben) gewährt. Die Rechnungslegung erfolgt jeweils zum Veröffentlichungstermin.

- Sonderkonditionen auf Anfrage -

Anzeigenbuchung unter:

kontakt@k2-potsdam.de
0331 / 86 749 883
0172 / 514 38 25

MML abonnieren !

Ja, ich will die MML zum Solipreis von 10,- € für 1 Jahr abonnieren (incl. Porto).

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Tel. (für Rückfr.):

Einsenden per Post:

DIE LINKE, Potsdam-Mittelmark, Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig
per Fax: 033 841 - 43 880
per Mail: info@dielinke-pm.de

Briefwahl - der bequeme Weg zur Abstimmung

An Europa- und an den Kommunalwahlen kann man per Briefwahl teilnehmen. Die Unterlagen kann man bei seiner Gemeinde/Stadt ab sofort abfordern oder abholen, zu Hause ausfüllen und per Post absenden.

Sie müssen nur rechtzeitig in den Briefkasten, damit Ihre Stimme noch mitgezählt werden.

Denken Sie auch an den Nachbarn oder die Nachbarin, der das Gehen zum Wahllokal schwer fallen könnte. Sie können mit Vollmacht die Wahlunterlagen für andere erhalten.

Denn jede Stimme zählt.



Impressum

Herausgeber:

k² Potsdam, PR- und Kommunikationsberatung

V.i.S.d.P.: Stefan Wollenberg

Tel. 0331 - 86 749 883;

Fax 0331 - 86 749 882;

E-Mail: mml@k2-potsdam.de

Internet: www.dielinke-pm.de

Redaktion, Layout&Satz:

k² Potsdam

Druck: Nordost-Druck GmbH

Auflage: 20.000

erscheint 4x jährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

Kalenderblatt: Linke und das Für und Wider von Wahlen



Bild: Julius Braatz - Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5338482>

Seit dem Entstehen linker Bewegungen und Parteien ist das Verhältnis zum bürgerlichen Parlamentarismus eine der meistdiskutierten Fragen. Die Meinungen reichten von der totalen Ablehnung des Parlamentarismus bis zu dessen Vergötterung. In Deutschland wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Reichstag zu einer wichtigen Tribüne für die Sozialdemokratie. Im Ergebnis der Novemberrevolution entstand vor rund 100 Jahren die Weimarer Republik, ein Kompromiss rechter Führer der Sozialdemokratie mit der Reichswehr. Die Wahlen zur Nationalversammlung führten die revolutionäre Bewegung in den bürgerlichen Parlamentarismus. Die große historische Chance der revolutionären Krise wurde damit vergeben, aber es ergaben sich zugleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus größere Wirkungsmöglichkeiten, gestärkte soziale Rechte und Kontrollmöglichkeiten. Vor 100 Jahren wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt. Die politische Linke hatte deutlich größere Wirkungsmöglichkeiten. Auch in unserer Region entstanden vor allem in den

größeren Industrieorten starke Ortsgruppen der KPD und der SPD. Der bürgerliche Parlamentarismus der Weimarer Republik bot aber auch rechten Kräften vielfältige Wirkungsmöglichkeiten. Fast legal kam Hitler an die Macht, der bürgerliche Parlamentarismus und auch die politisch zerstrittene Linke konnten das nicht verhindern. Das parlamentarische System bringt also viele Vorteile für die demokratischen Kräfte, ist aber kein Allheilmittel für alle Probleme. Wenn es den Herrschenden notwendig erscheint, verabschieden sie sich von der parlamentarischen Demokratie, wenn linke Kräfte mit parlamentarischen Mitteln grundlegende Veränderungen erreichen können, wird mit Demagogie, Erpressung oder auch mit einem Putsch diesem Prozess ein Ende bereitet. Dafür gibt es genügend historische Beispiele in der ganzen Welt bis in die Gegenwart hinein. Es war übrigens auch im Vorfeld der Gründung der DDR so, dass man zunächst mit den Mitteln des Parlamentarismus die Mehrheit erreichte, dann aber in der Auseinandersetzung mit der BRD und bei der Bewältigung

eigener Probleme die Macht zusehens ohne die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie sicherte.

Wie ist es denn nun heute, wie sollte man sich zum Parlamentarismus im Jahr 2019 stellen? Mit seiner Stimme sollte man seine politische Meinung zum Ausdruck bringen, in vielfältiger Form und auf allen politischen Ebenen. Der Wahlkampf ist eine Zeit erhöhter politischer Aktivität. Es ist notwendig politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede anzusprechen, selbst wenn man in einer Koalition regiert. Sich herauszuhalten bringt niemanden etwas. Andererseits darf man aber nicht die Illusion haben, mit seiner Stimme schnell grundlegende Veränderungen zu erreichen. Man sollte sein politisches Handeln keinesfalls auf den Parlamentarismus beschränken. Das ist eine reale Gefahr. Mit Parlamentarismus allein wird man den Anforderungen unserer Zeit nicht gerecht. Wie so oft gibt es bei Wahlen ein Für und ein Wider.

Dr. Hans-Joachim Koch

Ein Hinweis zum Schluss

Die Mittelmark LINKS erfreut sich inzwischen großer Beliebtheit im Kreis. Da 20.000 Druckexemplare nicht ausreichen, um alle Haushalte zu versorgen, geben Sie Ihr Exemplar gern weiter, wenn Sie es gelesen haben! Und wenn Sie mal selbst keins abbekommen haben, finden Sie die aktuelle Ausgabe auch im Internet:

<http://www.dielinke-pm.de/kreisverband/kreiszeitung/>